



Nr. 269.

Amts- und Anzeigerblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigerpreis: Die kleinste halbe Seite 25 Hg. Resten 50 Hg. — Schluß der Anzeigennahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Dienstag, den 18. November 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn RM. 3.30 vierteljährlich. Postbezugspreis im Ort: u. Nachbezugspreis: RM. 3.50, L. Fernverkehr RM. 3.60. Bestellg. u. Zuschl. 90 Pfg.

Aus dem Untersuchungsausschuß.

Der Fall Helfferich-Cohn. — Immer noch der verschärfte U-Bootkrieg und seine Folgen.

Berlin, 15. Nov. Zu Beginn der heutigen Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses verwies Dr. Helfferich auf die Frage des Vorsitzenden nach seiner geänderten Stellungnahme zum rücksichtslosen Unterseebootkrieg auf die Erklärung der Obersten Heeresleitung, daß sie die Verantwortung für die weitere Fortsetzung der Kriegsoperationen nicht übernehmen könne, wenn nicht unsere bedrängten Westfront durch jedes erreichbare Mittel Erleichterung verschafft werde, und wenn nicht durch den Unterseebootkrieg die Zufuhr von feindlichen Verstärkungen und Munition verhindert würde. Sollte da der Reichsführer oder ich, soweit ich mitzureden hatte, es darauf ankommen lassen, daß Hindenburg und Ludendorff erklärten: „Wenn man uns die nötigen Mittel nicht bewilligt, dann müssen wir erklären, daß wir nicht mehr mitkämpfen.“ Wenn ich einem Unterseebootkrieg widersprochen habe, so geschah das, weil ich eine verhängnisvolle Steigerung unserer Schädigung durch Amerika befürchtete. Mein Vertrauen auf Wilson war nach der Lansingaffäre restlos erloschen. An Wilsons Stelle hätte ich die definitive Antwort der Entente als unverkündet angesehen, da sich die Entente eine Gleichstellung mit den Zentralmächten verbat, aber eine Vermittlung doch nur unter Gleichen möglich ist. Aus dieser Antwortnote ging auch hervor, daß die Entente eine Vermittlung, bei der uns Vorteile zugebilligt würden, nicht akzeptieren würde. Nach meiner Ansicht hatte die amerikanische Regierung uns gegenüber nicht ihre Schuldigkeit getan. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr wurde Amerika gegen uns voreingenommen.

Zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte führt im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung die Weigerung von Dr. Helfferich, eine Frage des Beisitzers Dr. Cohn direkt zu beantworten, mit dem Hinzufügen, daß er, vor einem Gerichtshof stehend, nach der Strafprozeßordnung das Recht haben würde, Dr. Cohn als Richter abzuweisen. Nach 1½ stündiger Beratung verkündet Vorsitzender Warmuth folgenden Beschluß:

„Der Ausschuß hat mit dem Stimmenverhältnis 4 gegen 2 unter Stimmenthaltung des Abg. Dr. Cohn folgenden Beschluß gefaßt: Der Ausschuß ist kein Staatsgerichtshof. Seine Verhandlungen sind auch kein Vorverfahren für den Staatsgerichtshof. Er hat kein Urteil zu fällen. Die Ablehnung eines Beisitzers aus persönlichen Gründen ist unzulässig, ebenso die Nichtbeantwortung der von einem einzelnen Mitgliede gestellten Fragen. Eine Ablehnung der Beantwortung von Fragen steht einem Zeugen nur aus Gründen der Strafprozeßordnung zu.“

Auf die Frage des Vorsitzenden an Dr. Helfferich, ob er jetzt bereit sei, die Fragen von Dr. Cohn zu beantworten, erklärt Helfferich unter Bewegung und Weisfall im Fußbodenraum und bei der Presse, daß der Beschluß an den für ihn maßgebenden Gründen nichts geändert habe, und er nach wie vor nicht bereit sei, Fragen von Dr. Cohn zu beantworten. Für diesen Fall ist mit gleichem Stimmenverhältnis, 4 gegen 2, bei Stimmenthaltung des Abg. Dr. Cohn, folgender Beschluß des Ausschusses ergangen, den der Vorsitzende verliest:

„Der Zeuge Dr. Helfferich wird, da er sein Zeugnis ohne gesetzlichen Grund verweigert hat, entsprechend § 69 der Strafprozeßordnung in die durch die Weigerung verursachten Kosten, sowie zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt.“

Persönlich bemerkt der Vorsitzende noch, daß der Strafbeschluß an sich nicht seiner Auffassung über die Bedeutung der sinngemäßen Anwendung der Strafprozeßordnung entspreche. Für ihn sei die Ablehnung seiner Stellungnahme durch die Ausschlußmehrheit so bedeutend und so wichtig, daß er den Vorsitz niederlege. (Lebhafte Beifälle bei einem Teil der Pressevertreter und im Fußbodenraum.) Warmuth übergab hierauf den Vorsitz an den Abg. Gothein, der nachträglich rügte, daß von den Vertretern der Presse Beifallslundgebungen geäußert wurden. Im Wiederholungsfall werde er diesen Herren die Karte entziehen.

Dr. Helfferich erklärte zur Begründung seiner Verweigerung der Aussagen auf die Fragen des Dr. Cohn. Der Gesamtausschuß ist eingesetzt, um die Gründe zu prüfen, die zum Zusammenbruch des Reichs geführt haben. Nach meiner Auffassung ist Dr. Cohn an diesem Zusammenbruch ganz unmittelbar beteiligt. Nach einem Telegramm des Vorkämpfers Tasse hat Dr. Cohn sich Geldmittel zur Verfügung stellen lassen, um Deutschland zu revolutionisieren.

In Beantwortung erklärt Dr. Cohn, das deutsche Volk sei nicht Schuld am Kriege; aber an der Entstehung und dem unglücklichen Ausgang des Krieges seien Leute wie Dr. Helfferich schuld. Hieraus erklärt letzterer, er werde den Saal verlassen, wozu ihm der Vorsitzende Gothein das Recht bestreitet, aber bald darauf die Sitzung schließt.

Berlin, 17. Nov. Der Andrang zur heutigen Sitzung war sehr stark. Auch Staatssekretär Dr. Helfferich war wieder erschienen. Bei Eröffnung der Sitzung verlas der Vorsitzende Gothein eine Erklärung, in der darauf hingewiesen wird, daß der Untersuchungsausschuß lediglich den Charakter einer parlamentarischen Enquete-Kommission hat und daß alle Mitglieder der Ausschüsse, ebenso aber auch alle Zeugen sich in ihren Aussagen aller Werturteile zu enthalten haben. Staatssekretär Dr. Helfferich, der einen Einspruch gleich zu Beginn der Sitzung bekanntzugeben wünschte, fügt sich dem Vorschlag des Vorsitzenden, diese Erklärung zu Protokoll zu geben. Er bittet, daß der Hauptausschuß dazu Stellung nimmt.

von Bethmann Hollweg kommt in längeren Ausführungen zu dem Schluß, daß die Geheimhaltung unseres Schrittes in Washington lediglich eine Förderung der Wilsonschen Friedensaktion, die Geheimhaltung des U-Bootsbeschlusses lediglich die Fernhaltung aller militärischen Schädigungen von diesem Kriegsmittel im Auge gehabt habe. Trotz der Erkenntnis und der Bedeutung des U-Bootskrieges gegenüber Amerika sei eine kompakte Reichstagsmehrheit Anhängerin des U-Bootskrieges gewesen, weil dieser von der Obersten Heeresleitung als nötig gehalten wurde. In diesen Umständen könnten namentlich diejenigen politischen Faktoren nicht rütteln, die mit besonderem Nachdruck das Prinzip verteilten, daß die Mehrheit der Volkvertretung dem Gang der Dinge zuzustimmen habe. Reichsminister Dr. David gegenüber vermißt Bethmann Hollweg darauf, daß es ein öffentliches Geheimnis in der ganzen Welt war, daß der U-Bootskrieg den Krieg mit Amerika nach sich ziehen werde.

In der fortgesetzten Vernehmung führte Dr. Helfferich aus, daß nach Ablehnung des Friedensangebotes und Scheiterns der Friedensaktion Wilsons der Unterseebootkrieg auch nach seiner Meinung zu einer unentrinnbaren Notwendigkeit geworden war. Nicht nur einmal, sondern wohl ein buchstäblich im Reichstag der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß der uneingeschränkte Unterseebootkrieg Deutschland den Krieg mit Amerika bringen werde. Der Reichstag sei also nicht hinter Licht geführt worden.

Dr. David bestreitet, daß das letzte Telegramm Bernstorffs der Sitzung am 31. 1. 17 vorgelesen habe. Es sei damals nicht erklärt worden, daß der Krieg mit Amerika unvermeidlich sei.

Vor Gothein erinnert sich ebenfalls nicht, daß das Telegramm Bernstorffs in jener Sitzung mitgeteilt wurde. Aber der Reichstag war ja damals nicht mehr imstande, an der Sachlage irgend etwas zu ändern.

von Bethmann Hollweg: Die Situation, welche Bernstorff schilderte, wurde durch unser Telegramm vom 30. infolgedessen verändert, als wir dem Präsidenten ein sehr gemäßigtes Friedensprogramm mitteilten und erklärten, daß wir den Unterseebootkrieg sofort aufheben würden, wenn wir die Sicherheit hätten, zu annehmbaren Friedensbedingungen zu kommen.

Auf die Frage Dr. Singheimers, warum das letzte Mittel des Unterseebootkrieges eingesetzt habe, und warum nicht durch eine Erklärung über Belgien eine letzte Friedenskarte ausgespielt wurde, erwiderte von Bethmann Hollweg, eine solche Erklärung in demselben Augenblick, wo die Entente uns Friedensbedingungen stellte, die eine Zerkümmernung Deutschlands darstellten, wäre politisch unklug gewesen.

Dr. Helfferich erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß Wilson diese Mitteilung als höchst wertvoll hingenommen habe. Trotzdem sei darauf die Senatsbotschaft vom 22. 1. gefolgt. Uebrigens habe damals der ganze Reichstag mit Ausnahme der Unabhängigen eine Erklärung auf völlige Wiederherstellung Belgiens bekräftigt abgelehnt.

Am Schluß der heutigen Vormittagsitzung äußerte sich Bernstorff darüber, daß Wilson und die amerikanische Öffentlichkeit Deutschland nicht freundlich gesinnt waren und daß es seines Erachtens nur die Möglichkeit gab, die Vereinigten Staaten aus dem Kriege herauszulassen, indem man ihre Vermittlung annahm. Hätten wir, sagte der Vorkämpfer, dies getan, so hätte Wilson den Krieg gegen uns nicht eröffnen können, selbst wenn er ihn gewollt hätte.

von Bethmann Hollweg hält die Aussage des Grafen Bernstorff von ausschlaggebender Bedeutung. Wilson konnte den Krieg gegen Deutschland nur vermeiden, wenn er den Frieden vermittelte. Rückschauend könne man es ja jetzt so hinstellen, daß es besser gewesen wäre, uns in die Hand von Wilson zu begeben, obwohl nach seiner Meinung auch der Eintritt Amerikas in den Krieg es nicht notwendig gemacht hätte, daß wir zum Frieden von Versailles kamen. Aber wenn wir uns damals in Wilsons Hand begeben hätten, so hätten wir uns in die Gewalt eines Mannes begeben, der uns nach Aussage Bernstorffs nicht freundlich gesinnt war, der unmittelbar nach unserer Entsendung Bernstorff mitteilen ließ, daß er gegen England nichts machen könne, weil das den Wirtschaftsinteressen Amerikas zuwiderlaufen würde. Wenn wir Wilson als Sachverwalter annahmen, mußten wir jede uns von ihm auferlegte Bedingung annehmen. Eine Ablehnung hätte bedeutet: Eine Erneuerung des Krieges mit der Entente und den Krieg mit Amerika. Dafür aber war das deutsche Volk nicht zu haben. Wäre Wilson mit seinem Herzen und seinem politischen Willen bereit gewesen, der Welt unter höheren Gesichtspunkten den Frieden wieder zu geben, was hinderte ihn dann daran, unser Telegramm vom 30. 1. wenigstens zu beantworten. Hätte er sofort geantwortet, so hätte der rücksichtslose Unterseebootkrieg vielleicht 2 oder 3 Tausend gebauert.

Darauf vertagt der Ausschuß die Verhandlungen auf nachmittags 5 Uhr.

In seiner zu Protokoll gegebenen Erklärung erhebt Dr. Helfferich wegen seiner Beurteilung zu 300 M. Geldstrafe Einspruch und sagt, daß die Anwendung der Vorschriften der Strafprozeßordnung über den Zeugnisausspruch als unannehmlich zu betrachten sei; dagegen erachte er es als die angemessene Anwendung der Strafprozeßordnung, daß den als Anklagspersonen geladenen Mitgliedern der früheren kaiserlichen Regierung das Recht der Ablehnung von Mitgliedern des Ausschusses zugebilligt werde. Die Ausübung dieses Rechtes behalte er sich vor.

Berlin, 17. Nov. (Nachmittagsitzung.) Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen äußerte sich Staatssekretär Dr. Helfferich zu den wirtschaftlichen Fragen dahin, daß angesichts der schlechten Ernteerträge von 1916 er den Einbruch hatte, daß eine schwere Gefährdung der Ernährung Englands vorhanden war. Die Belieferung war ungenügend, Englands Ernte ungünstig und in den Vereinigten Staaten und Kanada war sie geradezu katastrophal. England zahlte den Vereinigten Staaten horrenden Preise, aber die Zufuhren blieben ständig zurück. Des einzige, was ich im Zusammenhange hiermit im Ausschuß gesagt haben kann, war die Hoffnung, England friedensbereit zu machen. Ich betrachtete speziell die Situation der Nahrungsmittelversorgung Englands im Januar für ungemein viel günstiger für den U-Bootskrieg als je zu einem anderen Zeitpunkt des Jahres. Trotzdem habe ich mich gegen den U-Bootskrieg zum 1. Februar ausgesprochen.

Als der Abg. Dr. Cohn von Dr. Helfferich die Beantwortung der Frage erbat, ob von England noch Reis eingeführt wurde, und der Vorsitzende Gothein sich diese Frage zu eigen machte, entgegnete Dr. Helfferich: Ich werde dem Vorsitzenden auf diese Frage antworten. An diese Bemerkung knüpfte sich eine längere Auseinandersetzung zwischen Dr. Cohn, dem Vorsitzenden und Dr. Helfferich. Der Abg. Warmuth hielt es für nötig, jetzt die Erklärung Dr. Helfferichs vom Beginn der heutigen Vormittagsitzung zu verlesen, worauf der Ausschuß um 5¼ Uhr sich zur Beschlußfassung darüber zurückzog. Nach etwa einstündiger Beratung verbandete der Vorsitzende als Beschluß des Ausschusses, den Antrag des Abgeordneten Warmuth, den Einspruch des Dr. Helfferich gegen den Strafbeschluß vom Sonnabend zu verlesen, mit 4 gegen 2 Stimmen bei Stimmenthaltung von Dr. Cohn abzulehnen und den Staatssekretär Dr. Helfferich wegen wiederholter Zeugnissverweigerung wieder in die höchstzulässige Strafe von 300 Mark zu nehmen. Des Stimmenverhältnis bei diesem Beschluß war das folgende. Eine Auseinandersetzung über diesen Beschluß ist unzulässig, doch hat Dr. Helfferich das Einspruchsrecht.

Dr. Helfferich: Die Wirkung des U-Bootskrieges war so stark, daß nach einigen Monaten ganz bestimmte Symptome einer Friedensgeneigtheit bei den Feinden vorhanden waren. Diese Friedensgeneigtheit ist aber durch Dinge zerstört worden, über die ich jetzt nicht sprechen will. Die Annahme ist falsch, daß England nicht ganz erheblich durch den U-Bootskrieg für seine Ernährung gelitten hätte.

von Bethmann Hollweg wies darauf hin, daß der Admiralstab bei seinen Berechnungen nie davon gesprochen habe, England auf die Knie zu zwingen. Er habe am 2. Januar in der Denkschrift lediglich die Garantie übernommen, daß England friedensbereit werden solle. Ich für meine Person, fuhr Herr v. Bethmann Hollweg fort, habe weder am 2. Januar noch sonst wann mir die sichere Erwartung gebildet, daß wir durch den U-Bootskrieg England zum Frieden bringen würden. Ich bin nicht enttäuscht gewesen, als dieses Resultat ausblieb. Als Beweis, was der U-Bootskrieg für uns leisten konnte, habe ich angenommen, daß er in England Gedanken dafür hervorrufen würde, ob einem fortgesetzten Tonnageverlust nicht eine Verständigung über den Frieden vorzuziehen

Bei, auf den sich England mit seinen Verbündeten einlassen könne.
Auf den Hinweis des Abg. Dr. Schäfer, daß man in Österreich-Ungarn zuerst gegen den U-Bootskrieg gewesen sei und erst nachgegeben habe, als Hindenburg erklärt habe, England werde sicher zum Frieden gezwungen werden, erklärte Dr. Zimmermann, daß Hindenburg zwar für den U-Bootskrieg eingetreten sei und erklärt habe: Wir werden England so weit bekommen, daß es auf den Frieden eingeht. Noch lebhafter als v. Hindenburg trat Admiral Hans für den U-Bootskrieg ein. Auch General Conrad v. Hörsing war für den U-Bootskrieg, wogegen Graf Ertze Bedenken äußerte. — Damit ist die Vernehmung Dr. Heffertich beendet. Morgen werden Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff vernommen werden.

Es wetterleuchtet.

* Was nüchtern denkende Leute immer schon gesagt haben, der Parlamentarische Untersuchungsausschuß, der die Schuld am Kriege und an der Verlängerung des Krieges feststellen soll, ist im gegenwärtigen Augenblick nur geeignet, die ohnehin bis zur Siedetemperatur gesteigerte Gemütsverfassung gewisser Kreise und Parteien bis zur Entladung zu erhitzen. Gewiß hat die Allgemeinheit wertvolle tatsächliche Aufklärungen erhalten, die dem Einzelnen positive Anhaltspunkte zur individuellen Urteilsbildung lieferten, aber jede Aussage wird eben je nach dem Parteistandpunkt bewertet, und auf allen Seiten, sowohl bei den Zeugen wie bei den Untersuchungsführern tritt das persönliche gefühlsmäßige Moment in den Vordergrund, weil alle Beteiligten eben Partei sind, und jede Partei der andern die Schuld an dem Zusammenbruch in die Schuhe schieben will. So kann nicht viel herauskommen, und die Entente, deren Geschäfte wir dabei besorgen, lacht sich ins Häufchen. Der Streik bleibt aber nicht auf den Untersuchungsausschuß und die Zeugen beschränkt, er wird selbstverständlich durch Presse und sonstige Propaganda ins Volk getragen, und so haben wir heute eine gewitterschwüle Stimmung, über deren Gefahren sich mancher wohl noch nicht ein richtiges Bild gemacht hat. Einen bemerkenswerten Fingerzeig für die Lage bieten die derzeitigen Vorgänge in Berlin. Hindenburg und Ludendorff sollen heute vor dem Untersuchungsausschuß vernommen werden. Hindenburg ist deshalb vor einigen Tagen in Berlin angekommen. Aus diesem Anlaß wurde ihm vom Kommandanten der Reichswehr, General Eberhardt, anscheinend ohne Wissen des Reichswehrministers eine Ehrenkompanie zur Begrüßung gestellt, und ein Major v. Lützow hat ihm ebenfalls mit Truppen der Reichswehr eine Ehrung bereitet. Gleichzeitig haben auch Schüler und Schülerinnen der höheren Schulen Berlins Hindenburg an seinem Berliner Wohnsitz Ovationen bereitet. Von Seiten der Linken werden diese Ehrungen als Demonstrationen gegen die Regierung und für die Wiederherstellung der Monarchie betrachtet. In diesem Sinne hat sich auch der preuß. Ministerpräsident Hirsch in der preuß. Landesversammlung ausgesprochen; die Regierung werde gegen die Direktoren der Schulen vorgehen, die die Hindenburgkultgebung veranstaltet haben. Die Politik der Deutschnationalen (die hier zum Ausdruck kommen) sei höchst staats- und volksfeindlich. Es werde von der ganzen rechtsstehenden Presse gegen die Juden eine gewitterschwüle Atmosphäre erzeugt, die notwendig einmal zur Entladung führen müsse. Auch vom preussischen Kultminister wurde amtlich eine Erklärung erlassen, die sich dagegen wendet, daß die schönen und berechtigten Gefühle der Jugend gegenüber Hindenburg zu parteipolitischen Zwecken ausgenutzt würden, die gegen den Bestand der neuen Staatsordnung gerichtet seien. Schon tauchen auch innerhalb der Sozialdemokratie aller Schattierungen Stimmen auf, die eine Sammlung aller Arbeiter zur Verteidigung der Erwerbslosen der Revolution verlangen. Der Major v. Lützow ist gemäßregelt worden. Welche Folgen das im gegebenen Augenblick bei weiterer Zuspitzung der Dinge haben kann, ist nicht abzusehen. Man sieht aber daraus den Willen der Regierung, sich unter allen Umständen Geltung zu verschaffen. Auch die radikale Seite ist wieder auf den Plan durch die Vorgänge gerufen worden. In Berlin ist es gestern zu Zusammenstößen zwischen einem Reichswehroffizier und Zivilisten gekommen, weil ersterer „Nieder mit Ledebour!“ gerufen hatte. Wenn die Verhältnisse sich so weiter entwickeln, dann können wir eines Tages eine zweite Revolution bekommen, die allerdings blutiger als die erste wäre. Da unsere Feinde aber wahrscheinlich eine Regierung, die nicht nach ihrem Geschmach sich verhält, ablehnen würde, so können wir uns etwa vorstellen, welche Maßregeln ein neuer Bürgerkrieg von Seiten der Entente zur Folge hätte. Es wird deshalb von allen gemäßigten Seiten zur Dämpfung der Gefühlsmomente geraten, denn neue innere Unruhen müßten uns in ein russisches Chaos stürzen, an dessen Folgen nochmals Hunderttausende von Volksgenossen früher oder später zugrunde gehen würden.

Hindenburg in Berlin.

* Berlin, 17. Nov. Nach den Abendblättern erschien heute vormittag kurz vor 11 Uhr eine Ehrenkompanie des Freikorps Lützow (selbstmächtig ausgerüstet) mit klingendem Spiel vor der Villa des früheren Staatsministers Heffertich und nahm in zwei Gliedern Aufstellung. Auf die Meldung des Führers der Kompanie trat Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit entschlossenem Haupt heraus und schritt die Front der Ehrenkompanie ab, die darauf

Antilige Bekanntmachungen.

Bereichenmehl.

Auf den Kopf der vorzugsberechtigten Bevölkerung kommen zur Ausgabe 1250 Gramm Bereichenmehl und zwar je 625 Gramm auf die Einfuhrmarken I und II der vom 16. November bis 15. Dezember 1919 gültigen Brotkarten. Der Preis beträgt 1,30 M. für 1 Kilogramm. Das Mehl ist bei sämtlichen Bäckern und Mehlgroßhändlern des Bezugs etwa vom Freitag den 11. November ds. J. ab erhältlich. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sich dieses Mehl nicht für Koch-, sondern nur für Backzwecke eignet.

Die Bäcker und Händler werden gleichzeitig aufgefordert, die betreffenden leeren Meßsäcke unverzüglich an unsere Sachstelle in Calw zurückzuliefern.

Calw, den 15. November 1919.

Kommunalverband Calw: Oberamtmann G. S.

Betreff: Mehlerzeugung.

Ausnahmsweise kann gegen die neuen Brotmarken mit den Buchstaben E, F, M, N mit je 375 Gramm Mehl, gültig vom 16. November bis 15. Dezember 1919 auf Wunsch auch Weizenmehl abgegeben bzw. gekauft werden.

Calw, den 14. November 1919.

Kommunalverband Calw: Oberamtmann G. S.

Bekanntmachung betr. veränderte Klasseneinteilung der Gesamtgemeinde Altbürg.

Auf Grund des Ergebnisses der Volkszählungen vom 1. Dezember 1910 und vom 8. Oktober 1919 wird gemäß Art. 7 Abs. 1 und 2 der Gemeindeordnung die Gesamtgemeinde Altbürg (bisher Gemeinde 3. Klasse) in die 2. Klasse der Gemeinden eingeteilt.

Oberamt:

G. S.

mit klingendem Spiel im Parademarsch an Hindenburg vorüberzog. — (Nach Erklärung von zuständiger Seite sei anzunehmen, daß es sich hier um ehemalige Angehörige des Freikorps Lützow, das nicht mehr bestünde, handelt. Die Polizeibeamten hinderten den Anmarsch der Kompagnie nicht, da sie glaubten, hierin einen offiziellen Akt zu sehen.)

(RTB.) Berlin, 17. Nov. Ein Bataillonskommandeur der Reichswehr hatte heute, ohne die Genehmigung seiner vorgesetzten Behörde hierbei einzuziehen, Teile seiner Truppen in Begleitung von Musik zu der Wohnung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg geführt, sich bei ihm melden lassen und den Vorbeimarsch der Truppen bewirkt. Der Reichswehrminister Koske steht auf dem Standpunkt, daß dem Generalfeldmarschall jede Aufmerksamkeit und Achtung zu erweisen ist, die dem verdienten General gebührt; daß aber das Vorgehen des Bataillonskommandeurs eine unzulässige Eigenmächtigkeit ist. Der Reichswehrminister hat deshalb die nötigen Maßnahmen gegen den Offizier ergriffen.

(RTB.) Berlin, 17. Nov. Gegen den Major v. Lützow, der am Montag eine Truppenabteilung in die Hiltzstraße führte, ohne besonderen Befehl seiner vorgesetzten Dienststelle erhalten zu haben, verfügte der Reichswehrminister vorerst eine Arreststrafe.

Zur ähneren Lage.

Freigabe des deutschen Mobiliars

in Elsaß-Lothringen.

(RTB.) Karlsruhe, 18. Nov. Die französische Regierung hat sich auf Grund von Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen deutschen und französischen Vertretern hier stattfanden, bereit erklärt, das gesamte deutsche Mobiliar in Elsaß-Lothringen frei zu geben. Die deutsche Regierung hat sich dagegen verpflichtet, der französischen Regierung 25 Millionen Franken französischer Währung zur Entschädigung derjenigen Elsaß-Lothringer zur Verfügung zu stellen, die während des Krieges wegen ihrer politischen Haltung oder Gesinnung durch die deutschen Behörden verhaftet, interniert, ausgewiesen, oder zu einer anderen als einer Gefängnisstrafe verurteilt worden sind. Die Einzelheiten des Abkommens werden in kürzester Frist bekannt gegeben werden.

(RTB.) Berlin, 18. Nov. Die Bedeutung des deutsch-französischen Uebereinkommens wegen Freigabe des deutschen Mobiliars in Elsaß-Lothringen läßt sich, wie verschiedene Morgenblätter sagen, am besten dadurch ermessen, daß die Zahl der bisher aus Elsaß-Lothringen Ausgewiesenen auf 80 000 geschätzt wird, von denen die meisten ihren Wohnsitz unter Zurücklassung ihrer gesamten Habe verlassen mußten.

Der Gefrierhut in Spener.

* Berlin, 18. Nov. Die französische Besatzungsbehörde in Spener hat, dem B. L. M. zufolge, eine neue Anordnung getroffen, nach der die vormittags 10 Uhr auf dem Dom gehönte Fahne in dem Augenblick des Erkönnens der Fahnen von jedermann durch Abnehmen der Kopfbedeckung begrüßt werden muß. — (Das sind die Vertreter der französischen Kultur.)

Der französische Geschäftsträger für Deutschland.

Amsterdam, 18. Nov. Die Times* erzählt, daß Chassin de Harville, der während des Krieges französischer Generalkonsul in Genoa war, zum französischen Geschäftsträger in Berlin ernannt worden ist und diesen Posten demnächst antreten werde.

Zur Keesperre.

(RTB.) Berlin, 18. Nov. Die internationalisierte Marinekommission hat einen erneuten Antrag, den im Küstenverkehr fahrenden Schiffen mit Rücksicht auf die Gestaltung des Fahrwassers an der Küste einstweilen das Verlassen

der 3-Seemeilen-Zone zu gestatten, abgelehnt, da gegen Verletzung von Anträgen zugunsten der Ausdehnung des zurzeit immer noch auf die 3-Seemeilengrenze beschränkten freien Fischereigebiets in Aussicht gestellt. Die Behandlung der diesbezüglichen Vorbehalte wird ergeben, ob es sich hierbei um mehr als eine papierne Zulage handelt. Vorläufig ist den Fischdampfern die Fahrt von Kiel nach Stagen und zurück ausdrücklich gestattet worden.

Vom obersten Rat.

(RTB.) Paris, 18. Nov. (Havas.) Der Oberste Rat beschloß, die von Deutschland abzuführenden Petroleumdampfer nach dem Firth of Forth schicken zu lassen und sie der Obhut Englands zu unterstellen. Der Rat hat ferner die russische und die rumänische Regierung eingeladen, gleichzeitig mit der Unterzeichnung des Vertrags von St. Germain auch die beiden Finanzabkommen und den Anhang zu diesem Vertrag zu unterzeichnen.

Die eigenartigen Verhältnisse im Baltikum.

* Berlin, 17. Nov. Die Nachricht, daß Oberst Awolow-Bermontschich mit seinen Truppen dem General v. Eberhardt unterstellt hat, bestätigt sich. Der Zustand der Awolow-Bermontschichs Truppen ist noch unübersichtlich, doch scheint unter ihnen eine starke Verwirrung zu herrschen. Die weißrussische Regierung ist aufgebracht.

Königsberg, 18. Nov. (Rlv.-Tel.) Der Befehlshaber der russischen Besatzung, Awoloff-Bermontschich, begründet die Unterstellung seiner Truppen unter den Befehl des Generals v. Eberhardt damit, daß er die militärische Lage für unhaltbar ansehe, weil die Letzten ein Bündnis mit den Bolschewisten geschlossen hätten und mit starken Kräften gegen Wilna vorgehen. — Weiteren Meldungen zufolge hat die Reichsregierung angeordnet: 1. Vorsehieben von Lazarettwagen, vorausgesetzt, daß ehemalige deutsche Verbände ohne jede Bedingung sich allen Anordnungen des Generals v. Eberhardt fügen. 2. Vorsehieben von Verpflegung für einwandfrei auf dem Rückmarsch befindliche deutsche Truppen, soweit es zur Durchführung des Rückmarsches unbedingt erforderlich ist. Es wird angeordnet, die demnächst eintreffenden Truppentransporte und Nachschubzüge so weit irgend möglich nach dem Inneren des Landes durchzuführen.

Ueberfälle lettischer Banden auf Deutsche.

Kemel, 18. Nov. Die das Memeler Dampfboot* meldet, überfiel am 13. November eine lettische Bande von etwa 30 Mann in der Nähe von Rukau einen von Rostow nach Rukau fahrenden Kleinbahnzug, in dem einige deutsche Arbeiter und reichsdeutsche Soldaten, sämtlich unbewaffnet, zum Abbau des in Rukau befindlichen Sägewerkes fuhren. Die Ueberfallenen stanken im Dienste der deutschen Verwaltung, nicht in dem der Bermontschichs. Fünf deutsche Soldaten wurden getötet, 20 gefangen genommen. Ebenso geriet ein deutscher Eisenbahnwaggonführer in Gefangenschaft. Von den einheimischen Arbeitern wurde einer getötet, einer schwer und drei leicht verletzt.

Die Kämpfe in Rußland.

* Helsingfors, 16. Nov. Nach einer Meldung aus Moskau werden dort die Russen für die Nordwestarmee mobilisiert. Ein bolschewistisches Radiotelegramm meldet heftige Kämpfe in Südrussland an der Frontlinie Balaschew-Tschernigow. Im Osten beginnen die Bolschewisten eine Offensive im Uralbezirk. Heftige Kämpfe im Bezirk von Tobolsk und in der Gegend der Mündung des Obisflusses.

Amsterdam, 18. Nov. Die Morningpost* meldet aus Reval, daß die estländische Regierung Judenisch mitgeteilt habe, daß sie ihn mit seinem Heere nicht auf estländischem Gebiet über den Winter lassen werde. Die Bolschewisten rücken inzwischen gegen Narwa vor, wo Judenisch augenblicklich sein Hauptquartier habe. Seine Lage sei ernst.

Ein neues Ultimatum an Rumänien.

Verfailes, 18. Nov. Die rumänische Note des 15. Novembers, die das Ultimatum enthält, wurde am 16. November der rumänischen Friedensdelegation in Paris und zu gleicher Zeit in Bukarest dem Ministerium überreicht.

Die freisinnigen Albaner.

* Verfailes, 17. Nov. Nach Meldungen aus Albanien soll sich die Lage der Italiener in Albanien verschlechtert haben. Den albanischen Rebellen sei es unter dem Einfluß des strengen Winters gelungen, die Italiener zur Aufgabe des besetzten Inneren zu veranlassen; sie hätten sich nach den vier Städten Durazzo, Elbasan, Scutari und Terano zurückgezogen.

Die Vorbehalte des amerikanischen Senats zum Völkervertrag.

Verfailes, 17. Nov. Nach Meldungen aus New York hat der amerikanische Senat 15 von den 16 Vorbehalten angenommen. Von diesen Vorbehalten bestimmt Vorbehalt 3, daß Amerika jedes Mandat ablehnt, wenn nicht der Kongreß anders beschließt. Vorbehalt 4, daß die Monroe Doktrin aufrecht erhalten bleibt. Vorbehalt 6, daß die Vereinigten Staaten das Recht voller Freiheit der Handlung in den chinesisch-japanischen Angelegenheiten zu; Vorbehalt 7 bestimmt, daß nicht der Präsident, sondern der Kongreß die Vertreter Amerikas für den Völkervertrag ernannt; Vorbehalt 8 bestimmt, daß der Kongreß die Entscheidungen des Wiedergutmachungskomitees, insofern sie die Handelsbeziehungen Deutschlands und Amerikas betreffen, zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Vorbehalt 9 bestimmt, daß Amerika sich an der Aufhebung des Haushalts des Völkervertrages nur mit Genehmigung des Kongresses beteiligen kann. Vorbehalt 10 spricht dem Kongreß das Recht zu, die Bestimmungen der Vereinigten Staaten zu vergrößern, im Falle äußerer Bedrohung; Vorbehalt 12 gewährt den Vereinigten Staaten das Recht, amerikanischen Staatsbürgern zu gestatten, geschäftliche Verbindungen mit Staaten zu unterhalten, die mit den Bestimmungen des Völkervertrages in Widerspruch stehen. Vorbehalt 13 endlich betrifft Artikel 296 bis 297 des Friedensvertrages von Versailles betreffend das Vermögen der Auslandsdeutschen und enthebt die Vereinigten Staaten von den in diesen Paragraphen enthaltenen Verpflichtungen.

geleht, da
gunsten der Aus-
die 3-Seezellen
in Aussicht ge-
in Vorbereitung
es sich hierbei um
st. Vorläufig ist
Kiel nach Stagen
n.

Der Oberste Rat
stehenden Petros
den zu lassen und
en. Der Rat hat
Regierung ein-
ung des Vertrau-
ngabkommen und
weisen.

Baltikum.
Oberst Wolow-
General v. Eber-
Der Zustand der
sch unübersichtlich,
wirrung zu herr-
sachselst.

Befehlshaber der
et die Unterstellung
v. Eberhardt damit
sche, weil die Letz-
en hätten und mit
eren Meldungen zu
Vorschieben von Be-
che Verbände ohne
nerals v. Eberhardt
unwiderstehlich auf dem
s zur Durchführung
wird angeordnet, die
Feldschlösschen so-
des durchzuführen.

Deutsche.
Hauptstadt, über-
etwa 30 Mann in
k Bauan fahrenden
und reichhaltige
in Mähren befind-
staben im Dienste
nont-Präme. Kämp-
genommen. Ebenfalls
senschaft. Bon
einer schwer und

bed.
bedeutung aus Mäh-
gestaltarmee in ob-
gramm meldet
d an der Front-
ren beginnen die
Mahlbezirk
st und in der

meldest aus Mäh-
teilt habe, daß sie
let über den Winter
hen gegen Mariva
rtier habe. Seine

umänien.
des Jänners die
er der rumänischen
it in Bukarest dem

anner.
en aus Albanien
Albanien ver-
Rebellen sei es
s gelungen, die
ren zu veranlas-
en Durazzo, El-
ezogen.

Senats
g.

Newport hat der
angenommen. Von
amerika jedes Man-
steht, Vorbehalt 3
Vorbehalt 6 sich
it der Handlung in
rbehalt 7 bestimmt,
Vertreter Amerikas
mt, daß dem Kom-
smittees, infolgedes-
erlass betreffen, zur
ist 9 bestimmt, daß
des Welterbes
ann. Vorbehalt 10
en der Vereinigten
ung; Vorbehalt 12
erikanischen Staats-
a mit Staaten zu
verbunden in Wä-
st Artikel 296 bis
end das Vermögen
n Staaten von den

Ausland.

Die Wahlen in Frankreich.

(WTB.) Paris, 17. Nov. Bis heute vormittag 11 Uhr waren 206 Wahlergebnisse bekannt: Davon erhielten die Republikaner der Linken 54 Sitze (davon 20 neue Sitze), die Radikalen 23 (15), die Sozialistischer Radikalen 35 (15), die soz. Republikaner 3 (3), die Unifizierten Sozialisten 15 (6), die Progressisten 31 (18), die Action Libérale 25 (20), die Konservativen 14 (9). — Die Radikalen gewinnen 13 und verlieren 13 Sitze, die soz. Radikalen gewinnen 4 und verlieren 13 Sitze, die soz. Republikaner gewinnen 8 und verlieren 6 Sitze, die Unifizierten Sozialisten gewinnen 3 und verlieren 19 Sitze, die Progressisten gewinnen 17, ebenso gewinnt die Action Libérale 17 Sitze. Die Konservativen gewinnen 5 und verlieren 4 Sitze. Unterlegen sind u. a.: Renaudel, Paule Constant, Bedouce, Hellen, Proust, Dalbès, Franklin Bouillon und Augagneur.

(WTB.) Paris, 17. Nov. (Havas.) Obwohl die Wahlergebnisse sehr unvollständig bekannt sind, drückt sich das Gesamtbild jedoch bereits deutlich aus. Der Erfolg der Politik Clemenceaus steht fest, dessen Anhänger fast überall Boden gewinnen, während die Führer der Opposition der radikalen Parteien, so Renaudel in Toulon, Franklin Bouillon und Chaumot in Bordeaux geschlagen sind. Die Sozialisten verlieren viel Boden, besonders in den Nachbarregionen der Front, und in Elsass-Lothringen, wo sie wahrscheinlich alle Sitze verlieren werden, ferner in Paris, Amlens und in der Gegend von Gas de Calais, wo sie gleichfalls alle Sitze verlieren. Albert Thomas ist gewählt. Die Liste Longuets ist ausgesprochen in der Minderheit, doch steht diesbezüglich noch nichts Bestimmtes fest. Die einzige Gegend, wo die Sozialisten merklich Boden zu gewinnen scheinen, ist das Departement du Nord, das vom Feinde besetzt war und wo die gewählten Sozialisten sich bis zum Ende des Krieges durch ihre gute Haltung ausgezeichnet haben, indem sie im Jahre 1917 es ablehnten, an der Stockholmer Sozialistenkonferenz teilzunehmen, bevor der deutsche Militarismus völlig niedergeworfen sei. — In Belgien hat die soz. Partei am gestrigen Sonntag einen glänzenden Erfolg davon getragen und viele Stimmen im ganzen Lande gewonnen.

Die Wahlen in Belgien.

Brüssel, 17. Nov. Die „Presse de Paris“ aus Brüssel meldet, ist in Belgien nach den bis gestern spät abends vorliegenden Teilergebnissen die sozialistische Stimmenzahl stark gewachsen. Der Sieg der Sozialdemokraten ergibt sich auf Kosten der Liberalen, aber auch auf Kosten der Christen. In einigen flandrischen Bezirken scheinen die Christen Erfolg gehabt zu haben.

* Amsterdam, 18. Nov. „Telegraaf“ meldet aus Brüssel, die Zusammensetzung der belgischen Kammer werde in der Hauptsache wahrscheinlich folgende sein: 79 bis 80 Katholiken, 65 bis 67 Sozialisten und 37 bis 38 Liberale. Die Katholiken haben damit ihre frühere Mehrheit verloren.

Die Wahlen in Italien.

(WTB.) Mailand, 18. Nov. Nach den letzten Nachrichten sind die Wahlen im allgemeinen ruhig verlaufen, doch werden einige Zwischenfälle gemeldet. In Corado kam es zu einem Tumult, bei dem es 4 Tote und mehrere Verletzte gab. In Vercelli kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Anhängern Faschos und Sozialisten. Es werden 4 Verwundete gemeldet. — In Mailand haben die Sozialisten mit 36 476 Stimmen einen Vorsprung erhalten. Die Patriottisch-Liberale Vereinigung hat 14 347 Stimmen, der Block der Linken und Kombattanten (Demokraten) 6533, die Kathol. Volkspartei 6583 und der Bund der Kämpfer 2793 Stimmen erhalten. — Aus Rom wird berichtet, daß das Resultat der Wahlen in der Stadt Rom fast gleich viele Stimmen für alle Parteien gebracht hat.

Forderungen französischer Bergarbeiter.

(WTB.) Brüssel, 18. Nov. Die Bergarbeiter von St. Etienne haben gestern beschlossen, den Generalstreik zu erklären, wenn ihrem Verlangen, die Pension der Bergarbeiter auf 1500 Fr. zu erhöhen, nicht stattgegeben wird. Am 16. Dezember tritt in Paris ein außerordentlicher nationaler Bergarbeiterkongress zusammen.

Deutschland.

Bei Kartoffelnot höhere Brotzotation.

* Berlin, 18. Nov. Eine Meldung des „B. Tgl.“ besagt: Wie verlautet, soll bei Erhöhung der Kartoffelzufuhr durch die Witterungsverhältnisse fürs erste an Stelle der fehlenden Kartoffeln eine höhere Brotquote zur Verteilung kommen.

Dauernde Vergrößerung der Reichshauptstadt.

Berlin, 18. Nov. Der neue Gesetzentwurf über die Eingemeindung der Berliner Vororte und die Bildung der Stadt Groß-Berlin soll in wenigen Tagen der preussischen Landesversammlung zugehen. Die kommende Stadtgemeinde soll 8 Städte, darunter auch Spandau, 55 Landgemeinden und 23 Gutsbezirke der Kreise Teltow, Niederbarnim und Osthavelland umfassen.

Die Bilanz

der größten deutschen Elektrizitätsgesellschaft.
Berlin, 17. Nov. In der Aufsichtsratsitzung der A.E.G. wurde der Reingewinn mit 27 031 546 (37 200 358) ausgewiesen. Der gesetzliche Reservefonds erhält einen Zuwachs von einer Million auf

der infolge Verkaufes der Elektrizität durchgeführten Ausgabe von jungen Aktien. Es wird eine Dividende von 10 % (14 %) der für den 20. 12. 19 festgesetzten Generalversammlung vorgeschlagen. Die Mehrausgabe für Zinsen und Gehälter hat im abgelaufenen Jahre nahezu 120 Millionen Mark betragen. Hierdurch und zugleich infolge der Verteuerung der Rohstoffe ist ein Rückgang der flüssigen Mittel eingetreten, zu dessen Ausgleich die Direktion zur Ausgabe einer Obligation im Betrage von 100 Millionen Mark ermächtigt wird.

Zur Aufhebung der Kommunizenzentrale in Leipzig.

(WTB.) Leipzig, 17. Nov. Die Aufhebung der Kommunizenzentrale in Leipzig erfolgte im Anschluß an das erfolgte Attentat auf den Leiter der technischen Nothilfe. 3 verhaftete Kommunisten wurden der Staatsanwaltschaft übergeben, nachdem bei ihnen schwer belastendes Material gefunden wurde; ein vierter, der der Mitwirkung an dem Attentate stark verdächtig ist, wird gesucht.

Bermischtes.

Die Salutasorgen der Sieger.

Wenn es einem Nachbar schlecht geht, so leiden auch die anderen darunter. Dieser volkswirtschaftlichen Erkenntnis wird zwar von vielen widerprochen, doch spricht nichts besser für das Aufeinanderangewiesensein, als die Bewegung der Weltwirtschaft unserer europäischen Gegner im Weltkrieg, die Wälua der Sieger. Gegen wir die Jähriger Rotierungen vom 12. November zugrunde, so finden wir folgende bedenkliche Entwertung: Tschechische Krone Friedenswert 105 (12. November 1919 10,80), italienische Lire 100 (43,50), französischer Franken 100 (53,50), englisches Pfund 25,22 (22,75), amerikanischer Dollar 5,18 (5,51). Daraus ergibt sich für die Tschechen eine prozentuale Entwertung ihres Geldes um 81 %, für die Italiener um 56,50 %, für die Franzosen um 41,50 %, für die Engländer um 9,82 % und für die Amerikaner allerdings eine Verbesserung ihres Geldwertes um 6,4 %. Das Ausland für die vier genannten Staaten, das bei Zahlungen an die Schweiz zu leisten ist, beträgt 870, 130, 70 und 11 %. Aus dieser Darstellung geht hervor, wie die „Frankf. Ztg.“ schreibt, daß auch die Lage der kontinentalen Länder, die gesiegt haben, äußerst schlimm ist, und daß gerade das Land, das im Friedensvertrag durch Vernichtung Deutschlands sich zu erholen wähnt — Frankreich — jeden Fall der Reichsruhr durch eigene Frankentwertung blüht. Dabei zeigt diese Zusammenstellung noch nicht die ganze Schärfe des Problems, da auch die Schweiz selbst in Amerika, dem maßgebenden Land der Welt, erheblich unter parit steht. Wist man die Lage unserer Nachbarn an dem New Yorker Kursstand, so ergibt sich, daß Frankreich dort zurzeit statt 8 Frs. 18 Cts. in Friedenszeit nicht weniger als 9 Frs. 35 Cts. für den Dollar zahlen muß, also so ziemlich das Doppelte. Und die Engländer erhalten heute statt 4,80 Dollar kaum mehr als 4,12 Dollar für ein Pfund, ein Rekordtieftiefstand trotz des Sieges. Auch den Franzosen und Engländern wird es allmählich dämmern, daß die Wälua auf Gedeih und Verderb aneinander gekettet sind, daß Krankheiten im Wirtschaftskörper eines Volkes manchmal ansteckend sind, als Cholera und Pest.

Amerikanische Zeitungsreklame.

ml. Der Herausgeber einer amerikanischen Zeitung veröffentlichte beim Quartalswechsel folgende „Lehrreife“ Geschichte: „Ein Farmer, der zu geizig war, um sich eine eigene Zeitung zu halten, schickte seinen Sohn fort, damit er beim Nachbarn eine Zeitung entleihe. In der Eile rief der Junge einen Bienenkorb um und wurde von den Bienen böse zugericht. Der Vater, der dem Sohn zu Hilfe eilen wollte, versuchte, durch einen Stachelbratzen zu kriechen, riß sich aber die Hosen in Fetzen und schrammte sich das Bein blutig. Eine seiner Kühe zwangte sich dann durch das Loch im Zaun und starb, nachdem sie einige Mistpflanzen gefressen hatte, die draußen wuchsen, während die Frau des Farmers, die dem Mann helfen wollte, einen großen Krug Seife umwarf. Das jüngste Kind, das man allein im Hause zurückgelassen hatte, fing an, mit Jügendhölzern zu spielen und steckte das Haus in Brand. Um solchen Unglücksfällen zu entgehen, werden die gezeigten Leser aufgefordert, rechtzeitig auf unser Blatt zu abonnieren.“ — (Gegenüber einer solchen Reklame ist und bleibt der deutsche Journalist eben ein Stümper.)

Aus Stadt und Land.

Calw, den 18. November 1919.

Witterungsumschlag.

* Nachdem in den letzten Tagen starker Schneefall im ganzen Lande eingetreten war, war die Temperatur gestern auf 8 Grad unter Null zurückgegangen. Heute Nacht ist nun plötzlich ein unwetterer Witterungsumschlag eingetreten, so daß wir heute früh 2 Grad Wärme haben. Im Hinblick auf den überall herrschenden Brennstoffmangel wird die Witterungsänderung freudig begrüßt.

Errichtung eines Landesbrennstoffamts.

Um die einheitliche, zielbewusste Leitung der gesamten Brennstoffwirtschaft und das zweckmäßige Zusammenwirken der damit betrauten Behörden zu gewährleisten, sind diese Behörden (Landesbrennstoffamt, Landesbrennstoffstelle, Abteilung für Gas und Elektrizität) durch Verfügung des Arbeitsministeriums vom 15. d. Mts. zu einem Landesbrennstoffamt zusammengefaßt worden. Bei der Notwendigkeit größter Sparsamkeit und zweckmäßiger Ausnutzung der verschiedenen Brennstoffe wird der Landesbrennstoffamt ein besonderes Augenmerk gewidmet werden. Dem Amt sind zur tätigen Mitwirkung in allen seinen Aufgaben ein Beirat und Arbeitsausschüsse beigegeben, welche letztere mit dem Vorstand und den Abteilungsleitern insbesondere die laufende Verwaltung zu führen und beschweren und Anträge zu erledigen haben. Zum Vorstand des Landesbrennstoffamts ist das Mitglied des Landtags, Herr Pflüger, bestellt worden; er hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen. Neben ihm wer-

den die bisherigen Vorstände des Landesbrennstoffamts, Regierungsrat Dr. Brändle und der Landesbrennstoffstelle, Oberforstwart Müller als Abteilungsleiter und Stellvertreter des Vorstands je für ihren Tätigkeitsbereich tätig sein. Ersterer zugleich als Stellvertreter des Vorstands für allgemeine Fragen des Amts. Die Dienststräume des Amtes, einschließlich der Landesbrennstoffstelle und deren Unterabteilungen befinden sich in Stuttgart, Alter Schloßplatz 4, 2. Stock (Prinzenbau), die der Landesbrennstoffstelle bei der Forstdirektion wie bisher.

Rückzahlung der Schülerkriegaufleihen.

Die durch Vermittlung der Schulen und ihrer Schulleiter aufgetragenen Beiträge zu den Kriegaufleihen sollen ursprünglich 2 Jahre nach Kriegsende heimbezahlt werden. Die Oberamtsparzellen haben nun kürzlich beschlossen, die Schülerkriegaufleihen unter 100 M schon jetzt zurückzahlen. Die Auszahlung der Gelder findet ebenfalls durch die Schulen statt.

Schenkungen von Eltern an Kinder.

Nach dem neuen Erbschaftsteuergesetz unterliegen den Schenkungssteuer auch die nach dem 31. Dezember 1916 zugunsten von Kindern und Enkeln gemachten Zuwendungen. Was also von Eltern an Kinder und Enkel vom 1. Januar 1917 bis 30. Juni 1919, dem Stichtag des Vermögenszuwachssteuergesetzes, verschenkt worden ist, muß die Schenkungssteuer zahlen, und zwar beträgt der Satz für Kinder bis zu 20 000 Mark Schenkung 4 Proz., für Enkel 5 Proz., für weitere 30 000 Mark 5 bzw. 6 Proz. Durch diese Bestimmung ist den zahlreichen zur Steuererparung vorgenommenen Vermögensübertragungen zwischen Eltern und Kindern ein weiterer Niesel vorgeschoben worden, nach dem schon das Vermögenszuwachssteuergesetz derartige Vermögensübertragungen als für die Kriegaufgabe belanglos erklärt hatte. Es werden somit solche Eltern doppelt besteuert: einmal mit der Kriegaufgabe aus diesen Schenkungen, dann mit der Schenkungssteuer. Es fallen aber doch nicht alle Schenkungen an Kinder und Enkel unter die Schenkungssteuer. Ausstattungen, die Abkömmlingen zur Einrichtung eines angemessenen Haushalts gewährt werden, gelten nicht als Schenkung, unterliegen somit auch keiner Kriegaufgabe. Dagegen fallen alle Vermögensübertragungen und reinen Schenkungen unter die Schenkungssteuer, sobald die Übergabe oder der geschenkte Betrag 5000 M übersteigt.

Wucher und Schleichhandel — die Schrittmacher des Volkswesens.

Die Schwäbische Liga zum Schutze deutscher Kultur schreibt: Die schweren Anschuldigungen gegen Wucher und Schleichhandel, daß sie die Helfershelfer der Radikalen unseres Volkes sind, daß sie mit ihrer Unterwühlung der Volksmoral uns dem Zusammenbruch entgegenführen, den Kommunismus und Spartakismus dann für ihre Pläne auszunützen gedenken, hat eine neue Stütze gefunden, und zwar durch Erklärung der Kommunisten selbst. In Stuttgart haben die letzteren in einer kürzlich abgehaltenen Versammlung der Mehrheitssozialisten, die Protest erheben sollte gegen Lebensmittelwucher, Schleichhandel und Rohlennot, die Abhilfe dieser Veranlassung nicht nur hinfällig gemacht, sondern auch unzweideutig gezeigt, daß ihnen Wucher und Schleichhandel willkommenes Mittel sind zur Vermehrung des Elends, zum Bankrott unserer ganzen Wirtschaft, zum Zusammenbruch und zur endlichen Diktatur des Proletariats. Die durchaus schlicht gehaltenen Reden der Mehrheitssozialisten der Abg. Pflüger und Mattutat wurden niedergebührt. Die Kommunisten Schuel und Remmele lehnten dann in einer tumultuarisch verlaufenden Aussprache grundsätzlich den Kampf gegen Wucher und Schleichhandel ab. Man dürfte, so erklärten sie, die Regierung auch in diesem Kampf nicht unterstützen. Je eher der Bürgerkrieg und der völlige Zusammenbruch kommen, um so besser sei es, man muß ihn herbeiführen, Besserungsversuche seien zu vermeiden. Die Rätebittatur muß eingelegt, der ganze alte Beamtenapparat muß zum Teufel gejagt werden. Die gegenwärtige Ordnung sei nicht imstande, auch nicht das geringste Reformchen zu machen, die Unabhängigkeit seien sich darüber klar, daß Aufführungsarbeit nicht zum Ziel kommen könnte, nur die Not mache die Arbeit für den Kommunismus reif. Darum dürfe dem Elend nicht gesteuert, sondern es muß gesteigert werden. Die Versammlung wurde schließlich geschlossen. Wer nicht blind sein will, muß erkennen, daß Wucher und Schleichhandel dem Volkswesen Vorschub leisten, daß sie die Schrittmacher für seine Pläne sind. Der Volkswesen wie ihn die Unabhängigen (Kommunisten und Spartakisten) verfolgen, begründet in Schleichhandel und Wucher wertvolle und notwendige Bundesstützen, die das Elend steigern und den Zusammenbruch fördern, den sie herbeiführen wollen, um ihre Pläne durchzuführen. Wer diese bekämpfen will, muß sich gegen ihre Begünstiger, den Wucher und Schleichhandel, in jeder Form wenden. Wer mit Hand anlegt, die Volksmoral vor dem Gift des wucherischen Handels zu bewahren, führt zugleich die Waffen gegen den Radikalismus (Kommunismus und Spartakismus), der auf Grund einer so zerrütteten Volksmoral sein Reich aufbauen will.

Das „Calwer Tagblatt“ kann jederzeit bestellt werden.

Grunderwerbssteuer.

Das Grunderwerbssteuergesetz ist am 1. Oktober 1919 in Kraft getreten. Ueber die Verwaltung dieser neuen Reichsteuer, die das württembergische Gesetz betreffend die Besteuerung des Umsatzes von Grundstücken aufhebt, ordnet das Finanzministerium an: Oberbehörde ist das Steuerkollegium, Abteilung für direkte Steuern. Steuerstellen sind die Bezirkssteuerämter (Kameralämter und Hauptsteueramt Stuttgart). Zuständig ist die Steuerstelle, in deren Bezirk das veräußerte Grundstück liegt. Bei Vereinigung aller Anteile einer Personenvereinigung (Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, offene Handelsgesellschaften usw.), zu deren Vermögen Grundstücke gehören, in einer Hand des Teilhabers ist die Steuerstelle zuständig, in deren Bezirk der Ort der Leitung ist. Die Einspruchsfrist gegen den Steuerbescheid beträgt einen Monat nach Zustellung des Bescheids. Gegen die Abweisung der Beschwerde ist die Rechtsbeschwerde an den Reichsfinanzhof in München gegeben. Durch die Einlegung eines Rechtsmittels wird die Erhebung der Steuer nicht aufgehoben. Verspätete Einsprüche und Beschwerden sind zuzulassen, wenn die Steuerbehörde zu der Annahme gelangt, daß der Steuerpflichtige ohne sein Verschulden verhindert war, die Frist einzuhalten. Die Kosten des Verfahrens hat bei Abweisung der Steuerpflichtigen zu tragen. Hat das Rechtsmittel zum Teil Erfolg, so können ihm die Kosten zum Teil auferlegt werden.

.. Stammheim, 18. Nov. Aus der Gefangenschaft sind zurückgeführt: Jakob Ruonath, von Novbr. 1918 bis April 1919 in Odesa interniert; Wlth. Sautter, von August 1916 bis Okt. 1919 in engl. Gefangenschaft; Gottlob Binder, von Juni 1917 bis Sept. 1919 in engl. Gefangenschaft in Frankreich; Gottlob Beck von Novbr. 1918 bis Sept. 1919 in engl. Gefangenschaft; Christian Bühler, von Okt. 1918 bis Okt. 1919 in engl. Gefangenschaft in Frankreich; Karl Günther, von August 1918 bis Sept. 1919 in engl. Gefangenschaft in Frankreich; Friedrich Günther von Okt. 1918 bis Okt. 1919 in engl. Gefangenschaft in Frankreich; Christian Ritzher, von Okt. 1918 bis Sept. 1919 in amerik. Gefangenschaft in Frankreich; Jakob Kromer, von Okt. 1918 bis Sept. 1919 in amerik. Gefangenschaft in Frankreich; Jakob Rämpf, von Nov. 1918 bis Okt. 1919 in engl. Gefangenschaft in Frankreich.

.. Neuhengstett, 18. Nov. Aus der Gefangenschaft zurückgeführt ist Karl Nagel, vom Nov. 1918 bis Juli 1919 in Saloniki interniert.

(ECB.) Stuttgart, 17. Nov. Wie im ganzen Lande, so fand auch gestern in Stuttgart eine große Protestkundgebung gegen die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen im Sieglehaus statt, die von mehr als tausend Personen besucht war. Der Vorstand der Volkshilfe für württ. Kriegs- und Zivilgefangene, Kommerzienrat Wanner, die Vorstände des Bundes Schwäb. Frauen, Frau Konrad Willmanns und Hauptmann Laube von der Gefangenenausschreibung des Kriegsministeriums sprachen von der Härte des Schicksals, von der Unbarmherzigkeit der Feinde und von dem vergeblichen Bemühen aller Regierungen, etwas zugunsten unserer Gefangenen zu erreichen. Der Kriegsgefangene Baudermann gab eine schlichte Darstellung seiner fünfjährigen Leidenszeit in französischer Gefangenschaft. Zum Schluß wurde einstimmig folgende Erklärung angenommen: Der Friede ist ratifiziert und immer noch schmachten Hunderttausende deutscher Volksgenossen in feindlicher Knechtschaft. Ein bitterer Hohn auf jede Menschlichkeit, eine brutale Verletzung des Völkerrechts und ein schändlicher Bruch feierlich gegebener Versprechen! Vor aller Welt erheben wir klammenden Einspruch gegen ein Verhalten, das nicht die Völker versöhnen wird, sondern aufs neue mit tiefem unaussprechlichem Haß erfüllen muß. — In der Entschließung wird dann an England und Frankreich die Forderung gerichtet, daß die sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen einverleitet und durchgeführt wird. Der Beschluß wurde allen Landes- und Reichsstellen, auch dem Roten Kreuz in Kopenhagen, Stockholm und Haag übermittelt.

(ECB.) Heidenheim, 17. Nov. Die Stadt muß durch die Befassung des Kartoffelpreises auf seitheriger Höhe 35 bis 40 000 M für die Kartoffelversorgung aufschließen.

Druck und Verlag der A. Böhmlager'schen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seifmann, Calw.

Grüne Erbsen und Bohnen
aus Reichsbeständen. Bestellungen hierauf wollen bis spätestens nächsten Donnerstag gemacht werden, das Fund dürfte sich auf etwa Mk 2.60-2.70 stellen.

Armee-Konserven
Rindfleisch mit Reis, Bohnen etc. etc.
sind eingetroffen und empfiehlt

Telefon 158. **Spar- u. Consumverein.**

Zur Gewinnung von Stockholz
verwenden Sie bei Zeit- und Geldersparnis nur

Sicherheits-Sprengstoffe
Ammonachuecht

Patronen, Kapseln und Zündschnüre
laufend am Lager.
Gesuche zur Erwirkung eines Erlaubnischeines werden kostenlos überandt.

J. Strom's Nachf., Troßingen (Württ.)

Stahlspäne,
ganj Bodenöl (kein vorzügl. Erzeug.)
sowie echte
Nemj-Keisstärke
und prima
Wagenfett u. f. w.
empfiehlt

G. Wohlgemuth,
Bad Liebenzell.

Achtung!
Schöne 5 Monate alte
Schwanzer-Hündin,
gut im Rattenfangen, hat zu verkaufen

Albert Bauer,
Unterlengenhardt.

Stier
Einen 14 Monate alten
hat zu verkaufen

Gottlob Gann.

Ruh
Eine ältere, neumelkige, gute
hat preiswert zu verkaufen

Strassenwart Altk.

Alle Hausfrauen
kaufen Triumph-Möbel-Putz
„Wunderschön“
Stets staubfreie, prachtvolle
Möbel. Zu haben bei

Ag. Pfeiffer, Col.

Dreschmaschine
ohne Pukerei,
hat zu verkaufen

Stahl, Schmied, Ostelsheim.

Rind
zu verkaufen

Michael Süßer,
Gehingen.

Ruh
Eine starke gute
hat zu verkaufen

Alzenberg.

29 Wochen trächtig, verkauft
E. Marie Bentler.

Rind
Ein jähriges
verkauft

Schmiech.

Gottlieb Reinhardt.

Verlaufen
hat sich mein junger, schwarzer
Wolfshund,
(Müde). Ich bitte um sofortige
Nachricht. Vor Ankauf wird gewarnt.

Ulrich Kugele, Oberriedt.

! Uhren !
kauft man vorteilhaft bei

Friedr. Schwämmle
Bad Teinach

Interessante Bücher

Geschäftsbriefsteller	Mk. 2.50
Liebesbriefsteller	2.50
Großes Traumbuch	2.50
Satzlehrbuch	2.50
2092 Liebesverse	2.00
1000 Schmadahnsprüche	1.50
Witze zum Lachen	1.50
Großes Kochbuch	2.50
Großes Rätselbuch	3.50
Hochzeitgedichte	2.50
Haushandbuch	2.50
Haustierarzt	2.50
Albumverse	2.00

Verlag Johanna Stopp,
München, Hohenzollernstr. 77.

Gesucht werden 1 Paar gut erhaltene

Kavallerie-Stiefel
Größe 30-30 1/2.
Von wem sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Ein zweifelhiger
Rinder-Schlitten
mit Polster und Decke, zu verkaufen

Bahnhofstr. 406.

Wilbe Kastanien
kauft und bittet um Angebot mit Quantums-Angabe

W. J. Monn,
Deleversandhaus München.
Säcke können gestellt werden.

Ziegenfelle
50 Mark

Rehfelle
30 Mark

Obige Preise bezahlt jetzt für große gutbehandelte Felle. Für

Fuchs, Marder, Iltis
sowie alle anderen
Felle
allerhöchste Preise.

E. Maishofer,
moderne Tierausstopferet
Pforzheim, Lindenstraße 52.
Telephon 1501.

Ziehung garant. 20. November
Gemeindehaus Rodt-
Lose à 1 Mk.
Neberlinger-Lose
à 3 Mk. empfiehlt
Friseur Wieg, Marktplatz.

Wo
könnte vielleicht junger, bescheiden. Mann
tätlich

Mittag essen?
Womöglich im Privathaus.
Näheres
Stuttgarterstraße 639

Für sofort oder später wird ein
Einfamilienhaus
zu kaufen oder eine
3-Zimmer-Wohnung
mit Zubehör von alleinsehernder Dame (Ww.) zu mieten gesucht.
Angebote unter N. 460 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Gesucht
wird
ält. Geigen u. Cello
wenn auch schodhaft. Angebote unter N 5 an die Geschäftsst. d. Bl.

Franzbrannwein
das allerbeste
gegen **Maarausfall**
zu haben bei

K. Genthner, Friseurgeschäft,
Bad Liebenzell.

Geld-Lotterie
135 000 Lose. 20. u. 21. Novbr.
6. Ueb. Berlin - Münster
155000
Hauptgewinne Mark:
600000
200000
100000
Bar ohne Abzug.
Vorbereitung Geld-Lose zu 3 M.
Porto und Liste extra 50 Pf.
In allen Lotterielose-Geschäften u. durch
Eberhard Falzer
Stuttgart, Friedrichstr. 56
Postfach 4113 • Fernr. 10113

Geld
verleihen an
sichere Leute
monatl. Rückzahlung.
H. Blume & Co., Hamburg 5.

Regulier-Kochofen
Ein fast neuer
wegen Entbehrlichkeit zu verkaufen. Bei wem sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Statt jeder besonderen Einladung.
Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 20. November 1919 stattfindenden

Hochzeits-Feier
in das Gasthaus zur „Krone“ in Altburg
freundlichst einzuladen.

Jakob Koch, Altburg.
Marie Kleinbach, Zell.
Kirchgang 1/2 12 Uhr.

Seigental-Wilberg.
Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am
Donnerstag, den 20. November 1919,
stattfindenden

Hochzeits-Feier
in das Gasthaus zum „Löwen“ in Wilberg
freundlichst einzuladen.

Georg Hauser,
Sohn des + Jakob Hauser, Bauer in Seigental.
Marie Schmälzle,
Tochter des + Gottfried Schmälzle, Schuhmacher in Wilberg.
Kirchgang 12 Uhr.
Wir bitten dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Christliches Mädchen
für einige Stunden des Tages gesucht. Von wem sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Gesucht wird ein tücht., solides
Zimmermädchen.
Von wem sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Mädchen-Gesuch.
Tüchtiges solides
Zimmermädchen
gefehten Alters, das auch nähen und bügeln kann, in ein Einfamilienhaus, bei hohem Lohn gesucht.

Frau Fabrikbesitzer Fehrer,
Pforzheim, Lindenstraße 36.

Suche für sofort einen tüchtigen
Bierführer
Oskar Schlanderer,
Bierdepot Calw.

Mädchen-Gesuch.
Suche auf sofort ein tüchtiges, braves
Mädchen
für kleinen Haushalt, das etwas kochen kann. Gute Behandlung zugesichert. Gesuche mit Lohnansprüchen an

Kassier Wlth. Dürr, Durlach
i. B., Rittnerstraße 11.

Mädchen-Gesuch.
Nach Stuttgart suche ich für meine Tochter ein fleißiges und pünktliches
Mädchen
zu baldigem Eintritt

Frau Kaufmann Dreiß.

**Nemj-Keisstrahlen-
Stärke**
empfiehlt
Ch. Schlatterer.

Ständiges Inserieren
bringt Erfolg!